

(Abgeordneter Mühs.)

(A) sich heute ein Darlehen verschafft, würde es ihm nichts nützen, wenn er nicht gleichzeitig Gelegenheit hätte, sich dafür Rohmaterialien beschaffen zu können. Solange diese Rohstoffe noch unter öffentlicher Bewirtschaftung stehen, wird es immer schwer sein, und ich möchte hier besonders auf die Beratungen zurückkommen, die früher in diesem Hause darüber stattgefunden haben. Denn alle diese Beratungen gingen damals von der Voraussetzung aus, daß der Krieg ein verhältnismäßig günstiges Ende für uns finden würde. Man hat also selbst bei einem günstigen Abschluß des Krieges mit einer vorübergehenden Notlage des Mittelstandes und auch der übrigen Volkskreise gerechnet, weil man sich sagte: Sofort nach Kriegsende werden die Heeresaufträge zurückgezogen werden, werden die heimkehrenden Krieger ins Land kommen und so Handel und Wandel für eine kurze Zeit stocken. Also dieser Fonds war lediglich gedacht für die Übergangszeit. Man hat geglaubt, daß mit dem Kriegsende auch sofort die Aufhebung der Blockade verbunden sein würde und daß alsbald der freie Handel wieder in seine Rechte treten würde. Leider sind diese Voraussetzungen heute hinfällig. Sie sind irrig gewesen. Über die Gründe brauchen wir uns an dieser Stelle nicht weiter zu unterhalten. Jedenfalls droht jetzt diese erwartete kurze Übergangszeit sich ins Unendliche auszuwachsen, und zwar eben durch die unmenschliche und unsinnige Blockade, die weiterhin von unseren Feinden aufrechterhalten wird, und über die wir uns neulich unterhalten haben. Aber gerade weil diese Blockade die Zufuhr von Rohstoffen verhindert, müssen wir besonders darauf sehen, daß die im Lande befindlichen Rohstoffe nicht einseitig verteilt werden. Wir müssen von der Regierung erwarten, daß sie all ihren Einfluß aufbietet, daß die Rohstoffe, die im Reiche vorhanden sind, nun auch in entsprechenden Mengen nach Sachsen kommen und daß davon wiederum das Handwerk und das Klein-gewerbe ihren Teil beziehen können.

(Sehr richtig! rechts.)

Gerade hierüber zu klagen, haben wir besonderen Grund. Ich will da zunächst nur einen Fall anführen. Es besteht in einer kleinen Stadt des Vogtlandes eine Muehl-fabrik, und zwar ein Kleinbetrieb. Deren Inhaber hat sich diese Fabrikation eingerichtet, um eben dann, wenn er aus dem Felde zurückkäme, für alle Fälle einen Erwerb zu haben. Die Anlage ist betriebsfertig, ist be-sichtigt und in Ordnung befunden worden, und es fehlt ihm bloß noch das eine zur Fabrikation, nämlich das Mehl. Er wendet sich an die Reichsgetreidegesellschaft. Da wird er verwiesen an das Reichs-ernährungsamt.

(1. Abonnement.)

Vom Reichs-ernährungsamt wird er wiederum verwiesen (C) an die Reichsgetreidegesellschaft. Inzwischen wird dem Mann überall das beste Wohlwollen zugesichert, aber nur kein Mehl. Auf verschiedenes Drängen erfährt er endlich den wahren Grund. Es wird ihm von einem der Herren gesagt: Wir als Getreidegesellschaft haben gegen die Belieferung Ihres Betriebes mit Mehl zwar nichts einzuwenden, aber wir sind von dem Verbande der Teigwarenfabrikanten abhängig. Wenn der Verband der Teigwarenfabrikanten Ihren Betrieb zulassen will, dann steht unsererseits der Mehlbelieferung nichts im Wege. Ich führe diesen Fall nur an, um zu zeigen, wie weit wir in unserer Kriegswirtschaft gekommen sind. Es ist heute nicht mehr die Reichsgetreidestelle, sondern irgendein monopolisiertes Unternehmen maßgebend für die Belieferung der Betriebe. Gegen diese Art der Kriegswirtschaft müssen wir uns mit allen Mitteln und mit aller Energie zur Wehr setzen.

(Sehr richtig! rechts.)

Das ist eine derartige Begünstigung von privaten Monopolen, daß dagegen kein Wort zu scharf ist. Wir meinen, eine solche Begünstigung ist durch kein Gesetz gerechtfertigt. Eine solche Begünstigung hat höchstens den Vor- teil, daß sie dem Volke ganz unnötigerweise die Lebens- mittel und die Rohstoffe verteuert, denn weiter kann ich (D) keinen Zweck in dieser Maßnahme sehen. Hier möchte ich nochmals die Regierung bitten, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß Sachsen an der Verteilung der Rohstoffe seinen Teil bekommt.

Ich will bei dieser Gelegenheit auch noch einmal auf die Reichstextilgesellschaft eingehen, von der ja der Re- gierungsvertreter vorhin gesprochen hat. Es liegt mir da ein Schreiben von Dölnitz vor. Es wird geklagt, daß man sich schon wiederholt und lange bemüht hat, die in Niederjedlitz liegenden Waren im Werte von etwa 300 Millionen Mark zur Verteilung zu bringen. Für die Verteilung sind gewisse Grundsätze schon festgestellt. Es hapert bloß noch an der Verteilung selbst. Alle persön- lichen Vorschläge in Berlin und alle Eingaben haben bis jetzt nichts genützt. Die Verteilung ist bis jetzt nicht zu erwirken gewesen. Statt dessen hat man in Erfahrung gebracht, daß von den Stoffen, die dort lagern, ruhig an die Verbraucher verkauft wird, während diese Waren vielfach nicht für die Verbraucher selbst bestimmt sind, sondern als Rohstoffe für die Fabriken zur Weiter- verarbeitung gedacht sind. Diese Grundsätze sind fest- gelegt und ein Verkauf an die Verbraucher ist direkt un- zulässig. Ich möchte hierauf das Augenmerk der sächsischen Regierung besonders richten.

49